

Sitzung vom 26. Mai 1999

**1020. Anfrage (Schliessung der Kaufmännischen Berufsschule Stäfa)**

Kantonsrätin Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, und Kantonsrat Willy Spieler, Küsnacht, haben am 22. März 1999 folgende Anfrage eingereicht:

Im Zusammenhang mit der geplanten Berufsschulreorganisation besteht die Absicht, die Berufsschulen Horgen und Stäfa zu einem Bildungszentrum Zürichsee zusammenzulegen. Die Kaufmännische Berufsschule Stäfa, die über ein gut ausgebautes Berufs- und Weiterbildungsangebot verfügt, würde geschlossen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie lässt sich die Absicht mit der Zielsetzung einer angemessenen Versorgung der Regionen in der Grund- und Weiterbildung vereinbaren?
2. Welche qualitativen und quantitativen Kriterien waren massgebend für diesen Vorentscheid?
3. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass er mit dieser Massnahme einem Lehrstellenabbau im Bezirk Meilen Vorschub leisten würde? Wie begründet er die beabsichtigte Schliessung der Schule Stäfa unter dem Gesichtspunkt, dass überall in der Politik und der Wirtschaft Massnahmen getroffen werden, um den Lehrstellenanteil zu erhöhen oder wenigstens zu erhalten?
4. Wie verträgt sich die geplante Schliessung des KV Stäfa mit dem Grundsatz des lebenslangen Lernens? Welche Überlegungen haben den Regierungsrat zu einem Schritt bewogen, der die Einwohnerschaft des Bezirks Meilen in ihrer Weiterbildungsmöglichkeit benachteiligt?
5. Wie soll die künftige Nutzung dieses vor vier Jahren erstellten Gebäudes aussehen, in das der Kanton damals 15 Million Franken investierte?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, und Willy Spieler, Küsnacht, wird wie folgt beantwortet:

Im Rahmen der Verwaltungsreform wif! hat die Volkswirtschaftsdirektion im Frühjahr 1996 das Projekt «Berufsschulreorganisation» gestartet. Mit der Reorganisation der Berufsschulkreiseinteilung sollen die verfügbaren Ressourcen besser genutzt und optimale Schul-, Führungs- und Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Zu Projektbeginn wurde auch die Zielsetzung einer weitgehenden Autonomie der Schulen formuliert, die lediglich durch Rahmenbedingungen auf der strategischen Ebene (Kanton) beschränkt wird.

Im Verlauf der Projektarbeit wurde zuerst das Modell von getrennten Verbänden von gewerblichen bzw. kaufmännischen Schulen mit jeweils zwei bis drei Schulen entwickelt, wobei die grösste Schule die Führungs- und Koordinationsaufgaben wahrnehmen sollte. 1998 entwickelte die Projektleitung zusätzlich das Modell Bildungszentren. In den ländlichen Räumen sollen benachbarte Schulen zusammengefasst werden. Durch eine ausgewogene geografische Verteilung der Bildungszentren wird eine gute Versorgung der Regionen in Grund- und Weiterbildung angestrebt.

Die Projektleitung beschloss Ende 1998, für die Varianten «Schulverbund» und «Bildungszentren» eine Vernehmlassung durchzuführen. Die Vernehmlassungsunterlagen wurden an 72 Adressaten verschickt.

In der Vernehmlassung sprach sich eine überaus deutliche Mehrheit von 72% für Bildungszentren aus. Nur 15% sprachen sich für Schulverbände mit Referenzschulen aus, und 13% bevorzugten keine Variante bzw. wollten an der bestehenden Struktur nichts ändern. Schulen, Aufsichtskommissionen und Verbände, die dem industriell-gewerblichen Sektor zugehören, sprachen sich klar für Bildungszentren aus. Auch bei den Vernehmlassungsteilnehmenden des kaufmännischen Sektors war eine Mehrheit für Bildungszentren.

Auf Grund des Vernehmlassungsergebnisses hat die Projektoberleitung am 9. April 1999 folgende Entscheidungen gefällt:

Weiterverfolgt wird das Konzept der Bildungszentren, da diese Variante von den an der Vernehmlassung Teilnehmenden mit grosser Mehrheit präferiert wird.

Die drei Standorte Bülach, Horgen und Uster werden als Pilotprojekte bestimmt, weil bereits positive Entwicklungen in diesem Bereich zu verzeichnen sind. Bei Bülach spielte zudem die räumliche Nähe der beiden Schulen sowie die Notwendigkeit zur aktiven Standortförderung eine Rolle.

Die Mitarbeit der einzelnen Schulen (Gewerblich-Industrielle Berufsschulen, Kaufmännische Berufsschulen und Mittelschulen) soll auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Kaufmännische Berufsschule Stäfa wird wegen des kantonalen Raumbedarfes nicht geschlossen, aber führungsmässig einem anderen Bildungszentrum zugeteilt.

In einem besonderen Projekt soll bei der Integration der selbstständigen Träger (z.B. KV) geprüft werden, ob eine rechtliche Verselbstständigung, wie sie beispielsweise bei den Fachhochschulen besteht, auch für die Bildungszentren vorgenommen werden kann. Sollte die Prüfung ergeben, dass in der Führung der Bildungszentren ein Verselbstständigungsmodell angezeigt ist, so müssen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

Das Teilprojekt Schulkreiseinteilung ist so zu gestalten, dass in jedem Bildungszentrum auch längerfristig eine ausreichende Zahl von Schülerinnen und Schülern vorhanden ist.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**